

Lahnsteiner Tageblatt

Bezugspreis.
durch unsere Boten in's
Haus gebracht, monatlich
1.- M. bei der Post ab-
geholt vierjährig. 2.70 M.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verkündigungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
werktags. — Anzeigenpreis
die einzige kleine Zeile
25 Pf., auswärtige An-
zeigen 30 Pf.

Nr. 144.

Druck und Verlag: Buchdruckerei H. Schäfer
(Inh. Fritz Rohr) Oberlahnstein.

Mittwoch, den 9. Juli 1919.

Berantwortlich:
Schriftleiter Fritz Rohr, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Auf Veranlassung der militärischen Kreisverwaltung weise ich darauf hin, daß es den Einwohnern des Kreises untersagt ist, sich mit schriftlichen Eingaben direkt an das Armeekommando in Mainz und an die oberste Militärverwaltung des Regierungsbezirks Wiesbaden zu wenden. Sämtliche Gesuche und Eingaben sind vielmehr durch meine Hand an die militärische Kreisverwaltung zu richten, die sie nach Prüfung und etwa erforderlicher Ergänzung unverzüglich an die zuständige Stelle weiterleiten wird.

Sämtliche Gesuche, die an die Dienststellen in Mainz und Wiesbaden direkt gerichtet werden, erleiden in der Bearbeitung dadurch unliebsame Verzögerungen, da sie im allgemeinen unerledigt zurückgegeben werden, mindestens aber vor der Erledigung noch zur Prüfung an die militärische Kreisverwaltung gesandt werden müssen.

St. Goarshausen, den 4. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Baun.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises

Die Vornahme der regelmäßigen Gemeindesassenprüfung für das 1. Quartal 1918 wird hiermit in Erinnerung gebracht und die Einreichung der diesbezüglichen Protokolle bis zum 25. d. Mts. bestimmt erwartet.

St. Goarshausen, den 7. Juli 1919.

Der Kreisausschuß.

Der Vorsitzende: J. B. Baun.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Aufhebung der Blockade.

Rotterdam, 8. Juli. Wie die "Daily Mail" behauptet, habe das Schifffahrtsamt bereits Befehl gegeben, daß, sofern am Donnerstag die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland angezeigt werde, die Blockade gegen Deutschland am Samstag früh im vollen Umfang wieder aufgehoben werde. Lloyds in London nimmt seit Freitag zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

Der Prozeß gegen den Kaiser.

Rotterdam, 8. Jul. "Times" meldet: "Der Prozeß gegen Wilhelm II. beginnt noch im September. Ein englisches Kriegsschiff wird den Kaiser von Holland nach London bringen. Voraussichtlich nimmt der Kaiser im Tower Wohnung bis zu seiner Urteilung.

60 deutsche Generäle als „Angestellte“ in Paris.

Genf, 8. Juli. Das "Echo de Paris" will wissen, daß die Prozesse gegen die deutschen Generäle in Paris durchgeführt werden würden. Paris würde dann, so sagt das Blatt, das Schauspiel erleben, etwa 60 deutsche Generäle als Angeklagte zu seien. Die ersten Prozesse gegen die Mitglieder des deutschen Generalstabes würden Ende September vorgenommen.

Paris, 8. Juli. Wie aus London gemeldet wird, befinden sich in der Liste der deutschen Persönlichkeiten, die abgeurteilt werden sollen, u. a. folgende Namen: Prinz Rupprecht von Bayern wegen Deportationen in Lille, Roubaix, Tourcoing und anderen Orten, von Mackensen wegen Diebstählen, Niederbrennungen und Hinrichtungen in Ruanda, General von Bölow wegen Brandstiftung und Entziehung von 100 Gefangenen, Baron von Lanzen wegen Hinrichtung von Miss Cavell und Kapitän Fennatt, von Givelle wegen Verbrechens des Unterseebootkrieges, Leutnant Werner, Major Valentin und Kapitänleutnant Förster wegen Versenkung von Hospitalschiffen, von Maierhoff weg entzündung von Löwen, Major von Bülow wegen Verstörung von Arschole und Hinrichtung von 150 Gefangenen.

Österreich soll besser behandelt werden.

Bern, 8. Juli. Wie der Pariser Korrespondent der "Erzähler Preß" erfährt, ist die Übereinkunft des deutsch-österreichischen Friedensvertrags infolge einer vollständigen Aenderung in der Haltung der Alliierten gegenüber Deutsch-Österreich verzögert worden. Um Deutsch-Österreich nicht in die Arme Deutschlands zu treiben, sei eine vollkommene Revision der territorialen Klauseln sowie eine Revision der wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen vorgesehen.

Plünderungen in Italien.

Bern, 8. Juli. Die Regierungsbekrete über die Preisabschaffung der Lebensmittel und Bedarfsgüter ha-

ben in den meisten Städten Italiens zu einer Verunsicherung geführt. Nach den hier vorliegenden Zeitungsmeldungen sind Unruhen größeren Umfangs nur in Mailand und Turin vorgekommen, wo zahlreiche Geschäfte geplündert wurden. Die Bürgermeister haben auf Grund der ihnen verliehenen Vollmacht bei Strafe sofortiger Konfiszierung der Waren eine Ermäßigung der Preise um 50 Prozent angeordnet.

Oberschlesien fordert amerikanische Besetzung.

Oppeln, 8. Juli. Die etwaige Absicht des Verbands, das Abstimmungsgebiet durch die Haller-Armee zu besetzen, findet überall erregte Zurückweisung. In Beuthen, Rybnik und Katowitz fanden Kundgebungen aller Parteien für die amerikanische Besetzung statt.

Die Ausstände der Eisenbahner.

Frankfurt (Main), 8. Juli. Aus dem Eisenbahnerstreikgebiet Hannover kommen Nachrichten über den ersten Einfluß des Streiks auf unsere Nahrungsmittelversorgung.

Der den allein in Frankfurt beschäftigten Eisenbahnerarbeiter durch die Streiklage entgangene Arbeitsverdienst beläuft sich auf 520 000 Mark. Der der Allgemeinheit zugefügte Schade dürfte ein Vielfaches dieser Summe betragen.

München, 8. Juli. Das Verkehrsministerium gibt bekannt, daß durch den Streik in Breslau der Verzug schlechter, durch die Streiks in Mainz und Frankfurt o. M. derjenige westfälischer Kohlen unterbunden sei und mit der Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs gerechnet werden müsse, falls es nicht gelingen sollte, auf Umwegen Kohlen zu erhalten.

Berlin, 8. Juli. Ausständische Eisenbahnerarbeiter im Direktionsbezirk Hannover haben an verschiedenen Stellen Waggons auf offener Strecke abgesperrt und stehen lassen, um jeden Transport unmöglich zu machen. Ebenso haben sie die Arbeiter aus den Stellwerken herausgeholt. Der Bahnhof Hannover ist infolgedessen militärisch besetzt worden, desgleichen der Bahnhof in Lehrte.

Die Streiklage.

Dortmund, 8. Juli. Das Generalkommando hat die Bildung eines außerordentlichen Gerichts in Dortmund angeordnet und die in Belagerungszustand erklärt Gebiete von Dortmund, Stadt und Land, Hamm, Stadt und Land, und Hörde, Stadt und Land, ihm zugewiesen.

Hannover, 8. Juli. Über Hannover ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Hamburg, 8. Juli. Die Hamburger Hafenarbeiter sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten.

Berlin, 8. Juli. Die Aussichten auf Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in Berlin haben sich wieder verschlechtert. In vier Streikversammlungen beschlossen heute die Angestellten, den Ausstand zu verlängern, bis die Unternehmer mit annehmbaren Vorschlägen an die Streikenden herangetreten seien.

Verchiedene politische Nachrichten.

Düsseldorf, 7. Juli. Die deutsche Waffenstillstandsmission ist heute nachmittag hier eingetroffen.

Frankfurt (Main), 8. Juli. General Mangin hat für sich und seinen Stab in Königstein im Taunus Quartier machen lassen. Er selbst wird in der Villa der Baronin Rothschild wohnen. Offenbar soll das Hauptquartier der französischen Beziehungsgruppen während des Sommers nach Königstein verlegt werden.

Berlin, 8. Juli. Dem Danziger Magistrat liegt ein Antrag vor, der die Aufnahme einer Millionen-Anleihe in Amerika fordert. Die Amerikaner haben in Danzig bereits viele Lager zur Unterbringung von Waren gemietet.

Krisis oder Kompromiß.

Was augenblicklich im Staat und Reich vor sich geht, kann nicht ohneerkennbar genug verfolgt werden, um so mehr als wir dabei mehr als bei allen anderen Fragen interessiert sind. Im der Frage der Bildung von Einzelstaaten und der damit eng zusammenhängenden Frage der konfessionellen Schule treten die Parteigegenseiten wieder einmal scharf zu Tage, so scharf, daß die Strengung des Regierungsbuchs in nächster Nähe gerügt ist.

Das Zentrum hat beantragt, im Artikel 18 der Verfassung über die Neubildung von Staaten: Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungänderndes Reichsgesetz erfolgen, das Wort „verfassungändernd“ zu streichen, um die Verfestigung einzelner Landesteile durch ein einfaches Reichsgesetz zu erreichen. Ein Reichsgesetz kommt im Reichstag und im Reichsrat durch einfache Stimmenmehrheit zustande, zu einem „verfassungändernden“ Reichsgesetz sind im Reichstag und im Reichsrat zwei

Drittel der Stimmen notwendig. Das Zentrum beruft sich nun darauf, diese Zweidrittel-Mehrheit werde infolge des Widerstandes der an ihrem Gebietbestand interessierten Länder Preußen und Bayern im Reichsrat niemals zu stande kommen. Mithin sei beispielweise die „Rheinische Republik“ im Rahmen des Deutschen Reiches auf legalem Wege nicht zu erreichen. Damit aber gebe der Artikel 18 den sogenannten „Alliierten“ im Rheinland neuen Antrieb die auf illegalem Wege das Rheinland (im Rahmen des Reiches) selbständig machen wollen. Die Sozialdemokraten, die an den Kompromisverhandlungen beteiligt sind, sind nicht geneigt, das Wort „verfassungändernd“ ohne Gegen gewicht fallen zu lassen. Erfreulicherweise scheinen die verantwortlichen rheinischen Zentrumspolitiker ebenfalls der Überzeugung zu sein, daß inmitten der Auflösungstendenzen in unserem unglücklichen Vaterlande nicht noch weitere Schranken unseres staatlichen Zusammenlebens fallen dürfen. Aus diesen Andeutungen sind die Grundlinien der Verhandlungen zu erkennen, die zurzeit in Weimar über den Artikel 18 geschlagen werden, und zwar leidenschaftlos und mit allseitigem Bestreben, zu einer Verständigung zu kommen, die nun einmal notwendig ist, wenn das Reich nicht schweren Schaden nehmen soll. Daz Neben diesen Verhandlungen auch die über die Schulfrage einberufen, erleichtert die Verständigung natürlich nicht. Es handelt sich um Schwierigkeiten, wie sie — abgesehen von der Friedensfrage — nur selten ein Parlament beschäftigen werden.

Während noch vor einigen Tagen in der Schulfrage eine gewisse Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten möglich schien, sind die Aussichten seit Sonntag nachmittag, so schreibt der rheinische Abg. Sollmann, auf den Nullpunkt gesunken. Der Vorstand der preußischen Zentrumstraktion, der seit Samstag in Weimar weilt, hat der preußischen Regierung ein Ultimatum gestellt. Sie müsse entweder ihre beiden Schulgelegenheiten zurückziehen oder das Zentrum sprengen den Regierungsbund in Preußen. Die sozialdemokratischen Minister Preußens lehnen es ab, sich zu führen. Man ist der leichten Entscheidung dadurch ausgewichen, daß man das Schulunterhaltungsgesetz, das für den Dienstag auf der Tagesordnung der preußischen Landesversammlung stand, einstweilen abgezogen hat. Das bedeutet natürlich nur eine kurze Verschiebung der Entscheidung.

Die Deutschnationalen haben beantragt, den umstrittenen Satz im Artikel 18 in der Verfassung zu streichen und, falls ihr Antrag abgelehnt wird, das ganze Verfassungswerk in den Ausschluß zurückzuverweisen, damit dieser den einheitlichen Reichsgedanken verwirkt. Die Entscheidung darüber, ob man Oberschlesien die Autonomie gewährt, ist noch nicht gefallen. Für Oberschlesien liegen die Verhältnisse insofern anders, als über seine Staatszugehörigkeit durch eine vom Friedensvertrag vorgegebene Volksabstimmung entschieden werden soll, was für die Rheinlande nicht trifft.

(Es ist nach soeben eingegangenen Drahtmeldungen zu einem neuen Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gekommen. Siehe letzte Nachrichten. D. Red.)

Die Erhöhung der Postgebühren.

Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Briefdienstes hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einsammlung der Postsendungen zu erhöhen. Vom 10. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden:

Für die Gildestellungen bei Vorausbegleichung durch den Absender für jede Briefsendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 50 Pf., im Landbestellbezirk 1 M.; für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pf., im Landbestellbezirk 1,50 M.; für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mark. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 30 Pf., für jedes schwere Paket 40 Pf., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern zweiter und dritter Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 20 Pf., für jedes schwere Paket 30 Pf., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilogramm einschließlich 20, für jedes schwere Paket 40 Pfennig; für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 M., für jede Sendung 10 Pfennig, für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mark für jede Sendung 20 Pf. Für die Einsammlung von Einschreibsendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pfennig; für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pfennig, im Landbestellbezirk bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 Pf., und für schwere 40 Pf., für jede Sendung. Außerdem wird vom 1. Oktober ab ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pfennig für jede wöchentliche Abtragung eines Stücks erhoben.

Einführung von Rohstoffen und Waren aus dem unbesetzten deutschen Gebiet.

Aut. Mitteilung der Administration des Distrikts Wiesbaden erfahren die seither bestandenen Bestimmungen über Einführung von Rohstoffen und Waren verschiedener Art aus dem nichtbesetzten Deutschland mit sofortiger Gültigkeit weitere Erleichterungen. Es können von jetzt an ohne Einholung besonderer Einführerlaubnis in das von der französischen 10. Armee besetzte Gebiet aus dem nichtbesetzten Deutschland wieder eingeführt werden:

1. Lebende Tiere,
 2. Tierische Produkte, Hörner und Zelle,
 3. Rohstoffe, die für die Industrie notwendig sind.
- Unter vorstehende Titel entfallen beispielweise folgende Artikel:
- a) Leere Verpackungen, Flaschen, Wolle, Seide, Cocons, rohe, frische oder getrocknete Felle, Federn, Hörner und Rückstände von Hörnern, Knochen und Haare, Borsten, Leim und Gelatine, Tafeln, Zeit, Wachs, ferner
 - b) Öle und Pflanzenöle.
 - c) Hölzer und Nebenprodukte.
 - d) Webwaren und Webfaser.
 - e) Verschiedene Produkte und Abfälle, z. B. Fette, Seife, industrielle Öle und Fette, Luppen, Stroh, Fläschchenhüllen, Pech, Asphalt, Druckerschwarze, Zellulosemasse, Bündholzer u. a.
 - f) Steine, Erden und mineralische Brennstoffe.
 - g) Chemische Erzeugnisse.
 - h) Gläser und Kristalle.
 - i) Papiere.
 - j) Metalle und Legierungen (außer Eisen und Stahl).

Kommunale Reform.

Wir haben seit Jahr und Tag von schlechten Zeiten gesprochen, — daß sie ernst und schwer sind, wissen wir recht eigentlich erst jetzt. Politisch und wirtschaftlich haben wir zu sorgen und was heute noch offensichtlicher Leidetum ist, kann morgen schon zur Tragik aussehen. Über Erdteile und Staaten hinweg wird die „neue Zeit“ auch im kleinsten Gemeinwesen sich bemerkbar machen und nicht etwa nur, wie man immer in erster Linie anzunehmen geneigt ist, in perfumärer Gestalt, — gewiß, auch das wird schmerzlich empfunden werden, aber dieses von dem, was wir als ersten Bestandteil unserer kommunalen Verwaltung betrachten und was sich auf idyllischem Gebiete vorfindet, wird uns vielleicht noch viel schmerzlicher an jene schöne — wir können jetzt richtig sagen, gute, alte — Zeit erinnern. Während uns bisher immer das aufs sabelhafteste beschäftigte, was wir in Angriff nehmen, was wir schaffen wollten, wird es jetzt oftmals sich darum handeln, was wir unterlassen sollen, um der kommenden schweren Zeit gerecht zu werden. Und auf kommunalem Gebiet wird sich das am stärksten bemerkbar machen. Hier wird es sich künftig weniger um Reformen, hier wird es sich um eine Reform an Haupt und Gliedern handeln, die aber wohl auch den Bürger wachrufen dürfte, der bisher vielleicht nur bei Böhnen einmal (und dann womöglich mit Fahrwerk abgeholt) seinen Bürgermann dokumentierte. Wir waren gewöhnt, nach Magistrat und Polizei zu rufen, wenn uns eine Lungentrübung angebracht erschien, — wir werden steinlaut werden, wenn wir sehen, was alles über uns dahin brausen wird. Daher haben wir das mit uns allein abzumachen, im Gemeinwesen tragen wir es miteinander und deshalb müssen wir auch miteinander dieser Reform folgen, die kommen muß. Nicht um eine Reform von oben herab wird es sich handeln, niemand wird sie anordnen höheren Orts, von innen heraus wird sie kommen und sich ganz von selbst den Stadtvögeln aufdrängen und nicht halt machen an der Ratshauschwelle, sondern das gesamte Bürgertum wird lokalpolitisch werden müssen, wo es früher oft lokalpatriotisch wurde, was anscheinend bequemer war. Die Bierbankvol-

til, die sich insbesondere auf kommunalem Gebiete stark auszuleben im Begriffe war, wird weichen müssen, denn innerhalb des Magistrats wird man mit Papier und Bleistift des öfteren eine Schonung aufzumachen genötigt sein, die jetzt erst manchem kommunale Begriffe lehren und reformerischen Geist erkennen lassen wird. Die Gegenseite werden in den Auseinandersetzungen nicht schwinden, denn der eine wird den Tanz in dieser ersten Zeit gänzlich überflüssig finden und der andere wird nicht genug an Vergnügungssteuern darans ziehen können. Wenn sich die Gegenseite nur in dieser Richtung bewegen, dann sollen sie gelten, dann wird sich ein Weg finden, weil der Wille dazu durch die harte Notwendigkeit bedingt wird, wo zudem ein böser Wille im Hintergrunde lauerte. Heute ist jeder Bürger an allen kommunalen Vorgängen ganz besonders interessiert, er achtet auf! Die Zeit des Schwadronierens ist vorbei, die Nero der Taten ist angebrochen. Jede neue Vorlage bedeutet eine Reform des Althergebrachten, denn zu neuen Ufern lohnt ein neuer Tag! Jetzt dürfen auch die vielfach überlebten Bürgervereine oder wie sie sonst geheißen haben mögen noch einmal Auferstehen feiern, aber nicht etwa um irgend welche Wahlmandate durch eine Flagge zu deuten, sondern um in gemeinsamer Arbeit mit dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium die Dinge vorzubereiten, wo die breite Strömung der öffentlichen Meinung schon im vorweg eingedämmt werden kann, bevor sie Abbrüderungen verursacht, die immer die Wasser trüben. Reform drücken und hüten, eine feste Hand in der Führung auf beiden Seiten, aber nicht eigenmächtige Machthabung oder hinterlistige Politik. Gewöhnen wir uns daran, daß in einer neuen Zeit ein neuer Adam einzutreten muss und daß am kommunalen Bürgertum die staatsbürglerliche Erziehung hochröhrt. Je besser wir verstehen, uns selbst gründlich zu reformieren, je größer der Vorteil auf Seiten der kommunalen Reform!

Unser Los.

Von Dr. Granenberg (Düsseldorf).

Der uns auferlegte Frieden zwingt jeden einzelnen sowohl als sämtliche Berufsgruppen, das ihnen dadurch bezeichnete Los einer Prüfung zu unterziehen und danach ihre Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. Das Los des einzelnen wird auch unter den neuen Verhältnissen ein verschiedenartiges sein u. bleiben; eine Gleichmacherei ist nicht möglich, ebenso wenig oder noch weniger als früher. Jeder einzelne sowohl als jede Gruppe schmiedet ihr Los selber. Gemeinsam für alle ist nur das eine: Arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten, um die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden. Ein anderes Mittel gibt es nicht mehr, um unser wirtschaftliches Los zu verbessern. Haben wir früher vielleicht ein Drittel des 24 Stunden-Tages auf die Arbeit verwandt, so werden wir für die Zukunft erheblich mehr davon aufwenden und intensiver arbeiten müssen. Denn nur durch Arbeit allein ist es uns möglich, unsere Ernährung zu sichern, die Kriegsschäden zu tragen und eine Neubildung unseres Volksvermögens zu erlangen.

Auch unsere Gegner werden in die gleiche Notwendigkeit verkehrt werden, auch sie werden mehr Arbeit als seither leisten müssen, wenn auch nicht in gleichem Umfang als wir. Letztendes kommt es darauf an, wer die beste und billigste Arbeit liefert, um auf dem Weltmarkt die besten Ergebnisse zu erzielen und damit sich und sein Land zu bereichern. In Deutschland hat sich nun aber seit den Novembertagen 1918 ein Paroxysmus jährlinster Art bemerkbar gemacht; man glaubt sein Los ohne Arbeit verbessern zu können. Die „Sozialisierung“ des Wirtschaftslebens hat diese Meinung hervorgerufen; sie ist als Schlagwort in die Masse geworfen worden, und die Masse ist darauf — hereingefallen, schlimmer als jemals auf ein Schlagwort. Auch heute glauben noch viele an die Möglichkeit der „Sozialisierung“, d. h. nach ihrer Auffassung an

die Möglichkeit der Verringerung der Arbeit, ja zum Teil sogar an eine Lebenshaltung ohne Arbeit. Die Väter der „Sozialisierung“ räumen aber von dem Gedanken selbst schon weit ab und verleugnen ihr Kind. Verschiedene führende Sozialdemokraten haben mir auf Begegnung selbst erklärt, daß das Wort „Sozialisierung“ nur ein Schlagwort und in die Praxis des Wirtschaftslebens nicht zu übersetzen sei, ohne alles zu ruinieren, so u. a. vor wenigen Tagen noch ein maßgebender Führer dem ausländischen Sozialdemokratie.

Auch jüngst erst auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar haben drei sozialdemokratische Minister je eine verschiedene Auffassung über „Sozialisierung“ fundgetan und damit ebenfalls ungewollt zugestanden, daß es nur ein Schlagwort sei, und daß das Los der Masse durch Sozialisierung nicht verbessert werden könne. — Aber ein solches Schlagwort, sagt mir ein maßgebender Sozialdemokrat, sei nötig gewesen, um die Masse zu sanieren!

In Wirklichkeit suchen starländende Führer der Sozialdemokratie die Masse auch schon wieder in andere Geleise zu bringen. Die Masse fühlt das zum Teil schon instinktiv heraus, und daraus erklärt sich dann auch zum Teil ihr Zulauf zu den Unabhängigen, weil viele im Kommunismus noch eine Rettung für ihre Auffassung der Sozialisierung erblicken; man glaubt, daß sich durch eine Zerrümmerung des ganzen Wirtschaftslebens die damaligen Versprechungen noch durchführen lassen, und daß sie dadurch ihr Los verbessern könnten.

Die Arbeit, die allein das Los verbessern kann, wird dagegen vernachlässigt und zwar in einem solchen Umfang, daß bereits der Leiter des Nahrungsmittelwesens der Entente, der Amerikaner Hoover, darauf hingewiesen hat, daß die Arbeitsunlust in Europa eine solche Intensität und einen solchen Umfang erreicht habe, daß sie Amerika veranlassen müsse, sehr ernst zu prüfen, ob und wie weit es Europa noch helfen könne. Ein Europa, das so wenig arbeitet, wie es heute geschieht, könnte von dem amerikanischen Überschuß nicht ernährt werden, selbst wenn jeder Amerikaner 15 Stunden am Tage arbeite. Die Amerikaner könnten keine finanziellen Mittel vorstreuen, keine Kredite einräumen, damit die Leute in Europa leben könnten, ohne zu arbeiten, oder nur dann und wann zu arbeiten. Deutschland sei ganz besonders darauf angewiesen, wegen seiner Kriegsschäden zur Arbeit zurückzufahren, und selbst wenn das geschähe, so müßt man trotzdem mit der Möglichkeit rechnen, daß 10—12 Millionen, also ein Fünftel der Bevölkerung (!), genötigt seien auszuwandern, um dem wirtschaftlichen Druck zu entgehen, der selbst im günstigsten Falle über sie kommen werde.

Hier schildert uns ein Ausländer unser Los in trübsten Farben, und doch hat der Mann leider Recht. Jeder einzelne und die Berufsgruppen müssen daraus die Folgerungen ziehen. Aber auch ebenso unser Wirtschaftsministerium! Wenn dieses glaubt, daß Los der Deutschen durch eine Fortsetzung der Zwangswirtschaft verbessert zu können, so greift es grundlich daneben und bringt ungezählte Einzelexistenzen und weite Wirtschaftsgruppen in eine weit schwierigere Lage, als wenn es das Wirtschaftsleben von allem Zwange loslöste. Jede Hemmung des Wirtschaftslebens muß beseitigt und zwar schnellstens beseitigt werden, wenn unser Los sich noch einigermaßen erträglich gestalten soll, und wenn nicht die besten Kräfte dem Vaterlande durch Auswanderung verloren gehen sollen. P. R. P.

Aus Stadt und Kreis

Oberlahnstein, den 9. Juli.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag nachmittag 6 Uhr im Rathauscafe statt. Auf der Tagesordnung stehen neben anderen wichtigen Punkten die Erhöhung des Gaspreises und der Kreisschulden. Aufhebung des Brückenzolls und Wohnungswesen.

seiner Frau für sein Tun und lassen verantwortlich gewesen.

Wie aber sollte er einst vor seinem Arende dastehen, der fremde Vorbeeren an sich gerissen, der von dem Gelde seiner Frau lebte und überhaupt eine Scheineigentum führte.

Sein Gesicht wurde erdschwarz, seine Lippen blau wie die eines Toten. Mit dieser Möglichkeit hatte er gar nicht mehr gerechnet. So schlecht und unwert wie in dieser Stunde war er sich vorher nie erschienen.

Mit weit geöffneten Augen sah Thusnelda auf ihren Mann. Ihre Arme lösten sich von seinem Halse. „Reinhold!“ rief sie fast schreiend. „Reinhold!“

Da kam er zu sich, begriff, daß er sich so unbekrefft nicht gehen lassen durfte.

Mit leidenschaftlicher Heftigkeit küßte er seine Frau.

„Liebste, Einzige, wie groß wäre unser Glück, wenn — wenn ich auf eigenen Füßen stände! Aber so — fürchte ich — vor den klaren, fragenden Blicken unseres Kindes werde ich die Augen senken müssen — die Scham wird mich erdrücken.“

Er taumelte, seine Knie zitterten, trugen ihn nicht mehr. Wie gebrochen, mit gesäumtem Kopf, sah er da.

Thusnelda aber atmete auf. Sie setzte sich auf seinen Schoß und streichelte sein kurzgeschorenes Stoppelhaar.

„Du hast mir einen furchtbaren Schreck eingejagt, Reinhold, das mußt du von nun an vermeiden, unseres Kindes wegen, für dessen geistige und körperliche Entwicklung wir von Stund‘ an mit treuer Elternpflicht sorgen müssen, unermüdlich, ohne Aufhören. Und vor diesem Weibe, welches durch uns Liebe und immer wieder Liebe erfahren wird, dem wir jeden Kummer, den es uns vielleicht bereitet, im voraus verzehren, kommt dein Selbstvertrauen ins Wanken? Ich bitte dich, Reinhold, das ist doch Wahnsinn! Täglich bewundere ich deine Ausdauer, dein Lächeln, unentwegtes Streben, und du fühlst dich so klein und gedemütigt! Wirst du denn nicht stolz auf deine Kunst, deine neueste Arbeit dort?“

(Fortsetzung folgt.)

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

Nachdruck verboten.

Marion sah in höchstem Staunen von einem zum anderen. Sie konnte sich die Worte, die Freude ihrer Schwägerin nicht erklären. Was gab es denn? Seit langer Zeit schon hatte sie mit keinem Blick die Leinwand auf der Staffel gestreift, erstens, um Beeskow nicht zu verschämen, dann aber auch, weil sie ihn, wie schon gesagt, nicht mehr ernst nahm.

Jetzt tat es ihr leid, so gleichgültig gewesen zu sein. Hatte Beeskow die Absicht, einen neuen Betrug in Szene zu setzen?

Sie warf die Stickelei auf den Tisch und sprang auf, schaute und schaute, als erblickte sie ein Wunder.

Das war sie, mit dem blumengeschmückten Kopf, wie sie mehr als ein Dutzend Male dort gesessen. Und ein wirtliches Kunstwerk stand vor ihr, keine minderwertige Pfuscherlei.

Ja, wenn Beeskow das gemalt hatte, dann war er ja ein Künstler, der zu Großem berufen ist.

Noch wie betäubt schaute sie ihn an, fragend, zweifelnd, und doch schon nahezu überzeugt.

Er verstand sie sofort. Sein Herzschlag stockte, unbeschreibliches ging in ihm vor. Seine Augen wurden feucht in der Erinnerung an die Qualen, an die unheimliche Aufzettelung von Willenskraft, welche ihn dieses Gemälde gekostet.

„Gefällt es dir, Marion?“ fragte er flüsternd.

„Es ist sehr schön, ein echtes Kunstwerk.“ Grübelnd sah sie zu Boden. Dann ging sie hinaus, um Tee zu bereiten und dem Ehepaar Zeit zum Alleinschlaf zu geben.

„Marions Anerkennung läßt zu wünschen übrig,“ meinte Thusnelda ihren Mann rüttend, „findest du ihr Benehmen nicht seltsam? Müßgönnt auch sie dir deine Kunst?“

Heftig schüttelte er den Kopf. „Welch absurd Ge- danken!“

Er konnte Marion verstehen, hatte er doch sehr wohl bemerkt, daß sie monatelang ostentativ an seiner Leinwand vorbeigesehen. Sie hatte von seiner Kunst nichts mehr erwartet und traute ihren Augen noch nicht.

Ihm aber war wohl und leicht ums Herz, wie seit langem nicht. Er hatte jetzt den Beweis erbracht, daß er fähig war, eine beachtenswerte Arbeit zu schaffen.

Freilich, was ihm vorgeschwoben war schöner, großer gewesen, er hatte es nicht erreicht. Auch daß sein Bild nicht so vollwertig wie Lindens Signora, war ihm völlig klar. Aber immerhin, er konnte stolz auf seine Arbeit sein, und das war er auch.

Das Gemälde war ein Blinder, es würde viel Beifall finden, das Sujet, der abschließendem Krieger, interessierte, die Ausführung konnte als wohlgelungen bezeichnet werden.

Er fühlte sich wieder als Mensch, frohbewegt umarmte er seine Frau und küßte sie. „Ich habe dich arg vernachlässigt im letzten Jahr, mein Liebling. Aber ich mußte jede Abstinenz vermeiden, um ein gutes Bild fertigzubringen. Du siehst nun, daß es nicht gerade zu den Unnehmlichkeiten gehört, die Frau eines berühmten Mannes zu sein.“

„Ich habe das viele Alleinsein oft genug bitter empfunden, aber es ist alles vergessen, Liebster. Du wirst auch zugeben, daß ich dich nicht mit Rechthaberei und kleinerer Einsichtlosigkeit gequält, sondern mich tapfer gezeigt habe.“

„Ja, Thussi, zu meinem Glück. Wäre es anders, so hätte ich nichts fertiggebracht. Wer es ernst nimmt mit seiner Kunst, soll von Rechts wegen ledig bleiben; denn sie ist eine sehr eifersüchtige Geliebte.“

„Die ich aber gern neben mir dulde,“ lachte Thusnelda; dann küßte sie ihren Mann und flüsterte ihm ihr süßes Geheimnis ins Ohr.

Die Wirkung war doch anders, als sie erhofft. Beeskow stand zunächst wie erstarzt. Die ganze Wucht der begangenen Schuld wälzte sich plötzlich mit Zentnerlast auf seine Seele. Bisher war er nur sich selbst und

1. Eine Mutterberatungsstunde findet morgen nachmittag von 4½ Uhr ab in der Freiherr vom Steinsschule statt.

2. Fleischkartenausgabe. Die neuen Fleischkarten kommen morgen von 9—12 und 3—6 Uhr zur Ausgabe. Nicht abgeholt Karten werden am Samstag von 9—12 Uhr ausgegeben.

3. Teigwaren werden morgen auf Nr. 71 der Lebensmittelkarte, und Heringe und Marmelade im freien Verkauf ausgegeben.

4. Unbezahlbaren Regen brachten uns die Bewohner, die gestern morgen schon in aller Frühe und zum Abend über unserer Stadt zum Ausdruck kamen aus größten Freude nicht nur den Landwirte, sondern auch alle übrigen. Diesmal werden die erheblichen Regenmenge wohl endlich ins Erdereich eingedrungen und von nachhaltiger Wirkung auf das Wachstum sein.

5. Ein- und Ausfuhrchein. Die Handelskammer zu Wiesbaden weist in Ergänzung der Bekanntmachung in Nr. 6, Bissel 98, der „Nachrichten für Industrie und Handel des Handelskammerbezirks Wiesbaden“ darauf hin, daß nach neuer Bestimmung die von der Section Economique in Mainz erteilten Transportgenehmigungen nicht mehr einen Monat, sondern 3 Monate von dem Genehmigungstage an gerechnet, gelten.

6. Handelsverkehr mit England. Der „Daily News“ zufolge, hat die englische Regierung gestattet, daß in England befindliche Filialen deutscher Firmen wieder eröffnet werden, und daß der private Telegrafen- und Postsverkehr zwischen den deutschen Handelshäusern und den englischen Filialen ungehindert vor sich gehen soll.

7. Zuckermangel und Zuckerpreis. Der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat in einer leichten Sitzung der Erhöhung des Zuckers um 1,50 für den Zentner gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten zugestimmt. Es wurde in der Sitzung nochmals mitgeteilt, daß Einmachzucker in diesem Jahr nicht ausgegeben werden kann.

8. Kann ein Kind zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden? Mit der Frage hatte sich in den letzten Tagen das Schöffengericht in Höchst zu beschäftigen. Im Vorort Sindelfingen war ein Kind längere Zeit mit Wissen und Willen seiner Eltern den Religionsunterricht nicht besucht. Auf Antrag desselben erhielt der Vater des Kindes ein Strafmandat wegen wiederholter ungerechtfertigter Schulverläufe seines Kindes. Der Vater legte Berufung ein und das Gericht sprach auf Grund der Verfügung vom 25. April den Angeklagten frei, ohne auch nur in die Zeugenaufnahme einzutreten. (Hochst. Kreisbl.)

9. Reichs-Ruhern. Die Ruhern haben diesem Jahre einen so reichen Fruchtaufschlag wie seit Jahrzehnten nicht. Die Rüsse hängen nicht nur paarweise, sondern dreitweise an den Ästen bis zu äußersten Spitzen.

Niederlahnstein, den 9. Juli.

10. Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter. Wir verweisen an dieser Stelle nochmals besonders auf den Aufruf in der heutigen Nummer, alle noch nicht organisierten Kriegsbeschädigte dringend ihren Beitritt sofort der Geschäftsstelle anzuseigen. Annahmen können für das besetzte Gebiet der Provinz Nassau nur durch die Geschäftsstelle Niederlahnstein.

Braubach, den 9. Juli.

11. Das Amtsgericht ist an das Fernsprechnetz geschlossen und kann unter Nr. 47 angerufen werden.

Aus Nah und Fern.

12. Beienhain, 8. Juli. Marshall Foch nahm an Belehrungsfeierlichkeiten für den General Hoche teil. Übernahm persönlich den Besuch über die Truppen, die Ehrenwache bildeten, und verließ dort dem Kommandanten der 10. französischen Armee, Mangin, das Zeug der Ehrenlegion, die höchste Ordensauszeichnung in Frankreich.

13. Kruenbach, 8. Juli. Ein mit 2 Offizieren besetztes Zugtum in der Luisenstraße zum Absturz. Einer der Offiziere konnte sich durch einen schnellen Sprung im letzten Moment retten. Der Apparat, der auf die Drähte der elektrischen Straßenbahn fiel, und diese zerriß, explodierte und in Brand, wodurch der zweite Offizier schwere Verbrennungen erlitt. Der Straßenbahnverkehr war durch den längeren Zeit gestört. — Die Militärbehörde verbot Schmälerung der Häuser oder das Besägen anlässlich Feindfeuer der deutschen Kriegsgefangenen. Auch diese Kundgebungen sind unteragt.

14. Johann, 8. Juli. Der Grenzverkehr zwischen Saargebiet und Lothringen ist wieder eröffnet. Auf dem Johann-Wochenmarkt erscheinen, wie zu alter Zeit, Lothringen-Bauern mit Kirschen, Eiern und Butterwohlteilen Preisen, wie man sie in den letzten Jahren nicht mehr gewohnt war.

15. Johann, 8. Juli. Das Schwurgericht verurteilte die beiden Minnich und Bock — der letztere stammt aus Wiesbaden — wegen Raubmordes, begangen an dem Apotheker in Rhaumen, zum Tode und drei Jahren Zuchthaus.

16. Lahn, 7. Juli. Über das Einkommen der Kellner gab eine Gewerbegegenstagsverhandlung. Der Vertreter des Bellagten machte geltend, daß nach dem eingegangenen Tarif rund 39 000 Kellner jährlings missen. Keiner der Kellner gehöre abends nach Hause mindestens 100 M. als Trinkgeld vereinbart.

17. Das Durchschnittseinkommen seiner Kellner sei 6000 M. monatlich. Diese Angaben wurden nicht bestreitet, aber der Wirt wurde trotzdem verurteilt, die Wöhne zu zahlen.

18. Porz. Misliebiger Bürgermeister. Am 1. Juli tritt Bürgermeister Lütz „wegen erschöpfter Gesundheit“ in den Ruhestand. Damit, so bemerkt hierzu die „Köln. B.Z.“, findet eine kuriose Zeit unserer Bürgermeisterzeit ihr vorläufiges Ende. Es hatte sich in den letzten Jahren eine solche Misstimmung gegen den Bürgermeister angehäuft, daß in den Tagen der beginnenden Freiheit vorigen Herbst zwei öffentliche Versammlungen zu der Bürgermeisterfrage Stellung nahmen und zu fast einstimmiger Forderung der Absetzung gelangten. Von Abordnungen an die Regierung in Köln wurde stets dieselbe Forderung erhoben. Es wurden Untersuchungen angestellt, der Staatsanwalt beschäftigte sich mit dem Fall, aber es wurden die Verhandlungen hingezogen. Bürgermeister Lütz war früher Sekretär der Regierung in Köln.

19. Essen, 8. Juli. Die große Fleischvergiftung. Von den nach dem Genuss von Hammelspeck erkrankten Personen ist bisher eine gestorben, verschiedene schwieben noch in Lebensgefahr. Wie das Bürgermeisteramt mitteilt, hat die Untersuchung des Fleisches, die sofort am Samstag nach dem Bekanntwerden der ersten Vergiftungsergebnisse vom Nahrungsmitteluntersuchungssamt Essen angefertigt wurde, ergeben, daß in dem Fleisch und in der Wurst Parathophysbazillen enthalten sind.

Letzte Nachrichten.

20. Weimar, 8. Juli. Da der bisher von den Sozialdemokraten gestellte Vizepräsident der Nationalversammlung, Schulz-Ostpreußen, zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern ernannt worden ist, tritt an seine Stelle der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Redakteur der Breslauer Volkswoche, Löbe.

21. Berlin, 8. Juli. Für alle diejenigen, die als Führer des Deutschtums in den letzten Monaten hervortraten, ist eine polnische Amnestie vorgesehen, auch für diejenigen, die sich im besetzten Gebiet befanden und mit bewaffneter Hand dem Eindringen der Polen standhielten, wird volle Freiheit gewährt werden. Der Austausch der Kriegsgefangenen wird vorbereitet. Die deutschen Volksträte werden ausdrücklich überlassen.

22. Stockholm, 8. Juli. Der Ausstand der Drucker hält zwar weiter an, trotzdem erscheinen seit Montag alle bürgerlichen Zeitungen in verminderter Form. Der Ausstand wird als erste Kraftprobe der schwedischen Bolschewiken aufgefaßt. Die unstilligen, den deutschen Spartakisten nachgeahmten Lohnforderungen können nur von Blättern erfüllt werden, die sich von Unterstützungen mit russischen Kubeln nähren.

23. New York, 7. Juli. Die New Yorker Times meldet: Die Börse stand unter dem Eindruck von Berichten über den bevorstehenden Abschluß einer amerikanischen Milliardenanleihe für Deutschland.

Der Friedensschluß.

24. Weimar, 8. Juli. Der Nationalversammlung ist nunmehr die Vorlage des Gesetzes über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den Verbündeten zugegangen. Sie besteht aus zwei Artikeln, von denen Artikel 1 lautet: Dem am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und dem dazu gehörigen Protokoll sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

25. Der Artikel 2 lautet: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

26. Dem Gesetz sind in der Anlage die Friedensbedingungen in deutscher, französischer und englischer Sprache mit samt dem erforderlichen Kartensmaterial beigegeben.

Das Kompromiß über die Schule.

27. Weimar, 8. Juli. Das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Nationalversammlung ist heute vorbehaltlich der Zustimmung der beiden Fraktionen zwischen den Verhandlenden und Führern festgelegt worden. Danach soll die konfessionelle Schule in dem bisherigen Zustand in den Ländern erhalten bleiben und bis zur Regelung durch Reichsgesetz durch ein Spezialgesetz gesichert werden. Die Möglichkeiten, Privatschulen zu errichten, sollen bestehen bleiben. Im Gegensatz zu dem bestehenden Zustand darf bei der Errichtung von Privatschulen die Bedürfnisfrage nicht mehr aufgeworfen werden. Vorbedingung bleibt nur die Erfüllung der technischen Voraussetzungen. Dagegen sollen Privatvolksschulen nur dann errichtet werden dürfen, wenn nur so die Sicherheit konfessioneller Minderheiten gewährleistet wird. Von anderer Seite wird über das Kompromiß noch mitgeteilt, die Artikel 143 bis 146 sollen in dem Sinne umgeändert werden, daß die Erteilung von Religionsunterricht von dem freien Willen der Lehrer abhängt, und die Kinder nicht ohne Einwilligung der Eltern zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden dürfen. Der Religionsunterricht soll in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften erteilt werden. Mit diesen Maßgaben soll die Regelung der konfessionellen Schule wie bisher durch Landesgesetz erfolgen. Die Privatschulen bedürfen als Erlaß für öffentliche Schulen der Genehmigung des Staates und unterstehen dem Landesgesetz. Sie sind in der Regel zugelassen, insofern ihre Lehrzeit, ihre Einrichtung und die Lehrkräfte hinter den öffentlichen Schulen nicht zurückstehen. Private Schulen sind nach der Vereinbarung ungültig.

Die Stellung Wissells unzulässig.

28. Weimar, 8. Juli. Das Kabinett hat schon längst das Bestreben gehabt, seine wirtschaftliche Auffassung klarzustellen. Infolgedessen hat es heute den Reichsminister

Wissell aufgefordert, seine Gedanken und sein Programm über die Planwirtschaft vorzutragen. Wie wir hören ist im Kabinett keiner der Anwesenden dem Wisselchen Programm beigetreten, so daß damit die Sichtung Wissels unzulässig wurde. Der Gedanken austausch über die wirtschaftlichen Fragen im Kabinett wird fortgesetzt werden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der derzeitige Ernährungsminister Robert Schmidt, der Nachfolger Wissels werden würde unter Beibehaltung seines gegenwärtigen Postes, das dann dem Reichswirtschaftsamt unterstellt würde.

Die Niederlage der Planwirtschaft.

29. Weimar, 8. Juli. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissell steht, wie wir hören, unmittelbar bevor. Das Kabinett ist zwar in seiner heutigen Beratung über die Wirtschaftsfragen zu seinem bindenden Entschluß gekommen, hat sich aber darauf festgelegt, daß Versuche mit einem neuen Wirtschaftssystem unter keinen Umständen gemacht werden können. Der Nachfolger Wissells im Kabinett wird wieder ein Sozialdemokrat sein.

Eine neue Beamtentenerungszulage.

30. Berlin, 8. Juli. Der deutsche Beamtenbund, in dem mehr als 1½ Millionen Beamten organisiert sind, hat vor einigen Tagen einen Ausschuß nach Weimar entsandt, um mit dem Reichsministerium über die Forderungen der Beamten zu verhandeln. In einer Besprechung, zu der sämtliche Reichsminister erschienen waren, erklärte Reichsministerpräsident Bauer, die Regierung sei grundsätzlich einverstanden, in Zukunft über alle Beamtenfragen ausschließlich mit der Organisation zu verhandeln. Der Reichsminister des Innern David, legte dar, daß die unausgesetzte Vermehrung des Einkommens der Beamten nichts helfen könne, und daß sie mit einer Heraufsetzung der Preise Hand in Hand gehen müsse. Darauf teilte Reichsfinanzminister Erberger mit, daß die Regierung sich entschlossen habe, außer den 1½ Milliarden, die zur Heraufsetzung der Lebensmittelpreise verwandt werden sollen, noch 500 Millionen auszuwerfen, um auch die Preise für alle Bedarfssachen herabsetzen zu können und so weiter zur Erleichterung der Lebensbedingungen beizutragen. Ministerpräsident Bauer kündigte darauf noch an, daß die Beamten in der nächsten Zeit, wahrscheinlich Anfang oder Ende September, eine neue Teuerungszulage, die allerdings die Höhe der früheren Zulagen nicht erreichen würde, zu erwarten hätten.

Bekanntmachungen.

Diejenigen, welche Saatgetreide

beziehen wollen, können sich bis

Donnerstag, den 10. Juli

auf dem Rathaus Zimmer Nr. 1 melden.

Oberlahnstein, den 5. Juli 1919.

Der Magistrat.

Teigwaren

werden am Donnerstag, den 10. d. Mts. auf Nr. 71 der Lebensmittelkarte verlaufen.

Marmelade und Heringe

im freien Verkauf.

Oberlahnstein, den 9. Juli 1919.

Der Magistrat.

Fleischkartenausgabe.

Die neuen Fleischkarten werden am Donnerstag, den 10. Juli 1919, vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr im Rathaus Zimmer 1 gegen Vorlage der Lebensmittelkarte und der alten Stammkarten ausgegeben. Die an diesem Tage nicht abgeholt Karten werden am Samstag, den 12. Juli, vormittags von 9—12 Uhr ausgegeben.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Lebensmittelstelle.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bezugsscheine für Kohlen etc. innerhalb 8 Tagen verfallen, wenn diese nicht bei dem Händler eingelöst werden. Außerdem sind diese bei der unten genannten Stelle einzuliefern und werden dann gutgeschrieben. Nach abgelaufener Frist erfolgt keine Gutschrift mehr.

Ortskohlenstelle Oberlahnstein.

Briketts.

Am Donnerstag, den 10. Juli 1919 werden für die Buchstaben H, I, K und L Briketts bezugscheine für diejenigen ausgegeben, die seit dem 1. Mai 1919 noch keine Brennstoffe erhalten haben.

Die Lebensmittelkarten sind mitzubringen.

Oberlahnstein, den 9. Juli 1919.

Die Ortskohlenstelle.

Die Ortskohlenstelle ist nur von 2—5 Uhr nachm. geöffnet.

Einladung zur Stadtverordnetenversammlung

am Freitag, den 11. Juli, nachmittags 6 Uhr

im Rathausfoyer.

Tagess-Ordnung.

1. Wahl des Schiedsmanns.
2. Erhöhung des Gaspreises.
3. Erhöhung der Kreissteuern.
4. Vergütung für amtliche Bekanntmachungen im Tageblatt
5. Aushebung des Brückengeldes.
6. Wohnungsbau.
7. Mitteilungen.
8. Geheime Sitzung.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung:

Dr. Dender.

Danksagung.

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner nun in Gott ruhenden lieben Gattin, unserer lieben, guten Mutter, Frau

Magdalene Dehe geb. Preß

sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Familie Franz Dehe.

Niederlahnstein, 9. Juli 1919.

Haut- und Geschlechtsleidende

frühes Erscheinen. — Schnelle Heilung.
Rücke-Heilung in 18 Stunden. Nervöse Schwäche. Blutuntersuchung nach Dr. Wohermann. Harnuntersuchungen.

Spezial-Haut-Institut Heinr. Specht.

Telefon 1824 COBLENZ, Burgstr. 6 I. Stock
Sprechstunden: 9—12 von 8—6 u. 8—9 Uhr abends.
Sonntags 9—12 von 8—4.

Regenschirme

für Herren und Damen

offeriert zu billigsten Preisen

Jos. Schumacher.

Empfehle hiermit dem geehrten Publikum
meine nach der Neuzeit eingerichtete

Delmühle.

Für reelle Bedienung wird garantiert.
Del n. Kuchen kann sofort mitgenommen werden.

Gründung am 21. Juli.

Peter Ant. Salzig,
Camp a. Rh. 44.

Täglicher Eingang in

Leinen und Baumwollwaren
Hemdentücher, Hemdenbänder
bedruckter Voile, bedruckten Satins
Futterstoffen für Damen- und Herrenschneiderei
Wilh. Dürselen Inhaber: Wilh. Rohe
St. Goarshausen a. Rh. [625]

Großes Lager in

Herren- u. Knabenmützen
in bester Ware und sauberer Verarbeitung in vielen Stoffarten
Rudolf Neuhaus, Braubach.

Rheumatismus

Ischias, Pleuren, Darm-, Ge-
ber, Hervenleiden usw. werden
mit gutem Erfolg behandelt von

Joh. Mohr,

homöopathischer Heilkundiger
Kohl.-Vierterrath, Trierer-
straße 128. Haltestelle Mühl-
nachstraße. [767]

Sprechstunden: Mittwochs und
Freitags, von vorm 9—12 und
nachmittags 2—5 Uhr.

Sonntags von 2—4 Uhr.

Kleiner, schwarzer

langhaar. Hund
zu verkaufen Wilhelmstr. 89

Ein Schlafzimmer
pol. mit 2 Betten zu verkaufen. Nr.
Niederlahnstein, Hochstr. 3

Geld in jeder Höhe
monatl. Rückzahlung
verliehen sofort

H. Blume & Co. Hamburg 5.

gesucht Josef Bayer, Osterwal-

Sportverein

Oberlahnstein.
Die Spielstunden finden
Dienstags und Freitags
und zwar auf dem lehrweise
zur Verfügung gestellten
Grundstücke des Herrn Faust
auf der "Wolfsmühle" statt.
Um zahlreiches Erscheinen
bittet der Spielführer.

Verreist

Dr. med. P. Friedhofen
Facharzt
für Ohren-, Nasen-, Halskrankheit
Coblenz, Löhrstraße Ecke
Kirchstraße. [1258]

Taschen- Fahrpläne

gültig ab 1. Juni
empfiehlt 20 Pfsg.
Papierhans
Ed. Schickel.

Leinöl

empfiehlt
Drogerie zum gold. Kreuz
Jos. Trennheuer
Oberlahnstein [1237]

Zwiebel

per Pfund 75 Pfsg. empfiehlt
Wilh. Jonas.

Winter-Spinat

Feldsalat, Rübsamen
jedes Quantum lieferbar empf
Wilh. Hözel,
Samenhandlung, Niederlahnstein
Emserstraße 68.

Fußbodenöl

(Mineralöl)

empfiehlt
Franz Diehl,
St. Goarshausen.

Feldgrau

Kleidungsstücke
färbt in passende Farben um
Färberei Bayer.

Kräftiger anständiger

Junge
kann in die Lehre treten
Brot und Feinbäckerei
Adam Wagner, et. Gothastr.
Dasselbe auch ein sauberes,
feiniges

Dienstmädchen

gesucht. [1303]

Zwei Zimmer

(Wohn- und Schlafzimmer) an

besseren Herrn zu vermieten
Wo sagt d. Geschäftsf. [1320]

Rebenbeschäftigung

sucht junge Monitorin voll Bei-
schriften von Büchern oder
schriftl. Heimatwerk. Schreib-
maschine vorzuladen.)

Angedore um Rebenbeschäfti-
gung an die Geschäftsstelle
d. Blattes erbeten. [1313]

Schreinergeselle

gesucht von Johann Fassb.
Niederlahnstein.

Eine gute

Fahrlub

zu verkaufen bei

Christ. Bernhardt, Niederlahnstein.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist bei Nr. 17 Vor-
schuß- und Kreditverein e. G. m. b. H. zu Caub ei-
gebrachten worden:

Anstelle des ausgeschiedenen Vorstandemitgliedes Heinz
Josef Koos ist Kaufmann Georg Bauer zu Caub
in den Vorstand gewählt worden.

St. Goarshausen, den 26. Juni 1919.

Das Amtsgericht.

Berdingung.

Bur Instandsetzung von Ortsstraßen in Eschbach zu
den am

Freitag, den 18. Juli d. Js. mittags 1 Uhr

in meinem Amtszimmer öffentlich vergeben

Frei Kleinbahnhaltestelle Gemmerich anzuliefern:

1. 76 cbm seitiger Kleinschlag von 3—4 cm Korngroß

2. 10 cbm Grubenkies zu Bindematerial

3. 50 cbm gesiebter Rheinbagger sand zum Rinnenplaster

4. 22,5 cbm zugerichtetes Rinnenplastersteine

5. 4 Stück Cementbeton-Einfallschächte von 60 cm L

und 1,0 m Höhe

6. 4 Stück gußeiserne Schachtrahmen mit Rost

Schächte von 60 cm L. W.

7. Vorstehende Baustoffe von Kleinbahnhaltestelle Ge-
merich nach Eschbach anzufahren und

8. 148 qm Rinnenplaster anzufertigen.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt ge-
Eschbach, den 8. Juli 1919

1315] Der Bürgermeister.

Bürger Oberlahnsteins und Umgegend.

Alle Diejenigen, welche dem Consumenten- und So-
verein Coblenz u. Umgegend, Filiale Oberlahn-
steins betreten wollen, werden gebeten, sich an die unten
geführten, in der Versammlung gewählten
trauenleute, zwecks Ausfüllung der Beitrittskarte
wenden zu wollen.

Herrn Heinrich Roos, Frühmesserstr. 25

August Alp, Ostallee 27

Franz Huchstein, Burgstr. 20 b

Ernst Denzer, Adolfsstr. 44 I

Hann. Herchenhahn, Mittelstr. 34

Albert Löwenstein, Mittelstr. 15 I

Peter Born, Braubachstr. 4

Heinrich Diehl, Mittelstr. 6c Rau-

hermann Fenge, Wilhelmstr. 49 I

Franz Kolligs, Wilhelmstr. 14

Heinrich Geyerabend, Mittelstr. 29

Karl Bonn, Burgstr. 26 b

Josef Ludwig, Münchgasse 2.

Nach Ausändigung der Mitgliedskarte sind
Mitglieder zum Einkauf in den Verkaufsstellen des Co-
sums und Sparvereins Coblenz und Umgegend be-
tigt bis zur Gründung der Verkaufsstelle in Oberlahn-

Achtung!

An sämtliche nichtorganisierte Kriegsbe-
digte des besetzten westlichen Teiles

Provinz Hessen-Nassau.

Der Provinzialverband für das rheinische Gebiet
des besetzten Teiles der Provinz Hessen-Nassau ist er-
stellt. Der Beirat für die Provinz ist gebildet. Es ergibt

an sämtliche nicht organisierte Kameraden aller Provinz
besetzten westlichen Teiles der Provinz Hessen-Nassau der-
auf, sich in ihrem eigenen Interesse nur diesem Ver-
dienst durch dessen bietige Geschäftsmöglichkeiten anzuschließen. Alle
deren Neugründungen sc. in unserer Provinz sind un-
ausichtlos und in keiner Hinsicht in der Lage eure wirt-
schaftlichen Interessen wissentlich zu vertreten.

Die Geschäftsstelle für sämtliche Kreise des
westlichen Teiles der Provinz Hessen-Nassau befindet
sich 5. d. M. in Niederlahnstein. Leiter derselben ist
Herr Josef Killian, Vorsitzender der Wirtschafts-
und Kriegsbeschädigter Niederlahnstein, an welchen zu-
oder mündlich alle Anmeldungen zu richten sind.

nichtorganisierte Kriegsbeschädigte in größerer Anzahl
einer Gemeinde in Frage kommen, wird derselbe mög-
lich persönlich am Platze die Aufnahme bewirken.

Infolge der Zeitverhältnisse ist zeitloser, unver-
anschlagter aller nichtorganisierter Kriegsbeschädigter

Die Aufnahmen für die Provinz werden nur durch
Geschäftsstelle bewirkt.

Sprechzeit des Leiters ist an Wochentagen von 2—4 Uhr
nachmittags, an Sonntagen von 2—4 Uhr.

Die Geschäftsstelle (für Hess-Nassau) des Provinzial-
verbandes ist in der Provinz Hessen-Nassau

gegründet.

Bei der Gründung der Provinz Hessen-Nassau

Die Geschäftsstelle für sämtliche Kreise des
westlichen Teiles der Provinz Hessen-Nassau befindet
sich 5. d. M. in Niederlahnstein. Leiter derselben ist
Herr Josef Killian, Vorsitzender der Wirtschafts-
und Kriegsbeschädigter Niederlahnstein, an welchen zu-
oder mündlich alle Anmeldungen zu richten sind.

nichtorganisierte Kriegsbeschädigte in größerer Anzahl
einer Gemeinde in Frage kommen, wird derselbe mög-
lich persönlich am Platze die Aufnahme bewirken.

Infolge der Zeitverhältnisse ist zeitloser, unver-
anschlagter aller nichtorganisierter Kriegsbeschädigter

Die Aufnahmen für die Provinz werden nur durch
Geschäftsstelle bewirkt.

Sprechzeit des Leiters ist an Wochentagen von 2—4 Uhr
nachmittags, an Sonntagen von 2—4 Uhr.

Die Geschäftsstelle (für Hess-Nassau) des Provinzial-
verbandes ist in der Provinz Hessen-Nassau

gegründet.

Bei der Gründung der Provinz Hessen-Nassau